

## N i e d e r s c h r i f t

**über die. 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur  
am Dienstag, 21.09.2021, um 20:00 Uhr in der Volkshalle Leihgestern**

---

Bürgermeister	Herr Jörg König
Erster Stadtrat	Herr Harald Liebermann
Ausschussmitglieder JSSK	Frau Renate Geiselbrechtinger Herr Wolfgang Hoth Frau Julia Mergenthaler Frau Franziska Schaffer-Gawenda Herr Dirk Schimmel Frau Karla Sell Herr Matthias Spangenberg Herr Dipl. Ing. Ulrich Weiß Herr Dr. Heinz-Lothar Worm
Stadtverordnetenvorsteher	Herr Fabian Wedemann
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Thomas Altenheimer Frau Karin Lenz Herr Joachim Schaffer Herr Dr. Christof Schütz Herr Lothar Weigel
Magistrat	Frau Petra Braun Herr Wolfgang Gath Herr Uwe Markgraf Herr Tim-Ole Steinberg Herr Michael Wolter
Ausländerbeiratsvorsitzender	Herr Abraham Abrahamian
Seniorenbeiratsvorsitzender	Herr Bernd Wagner
von der Verwaltung	Frau Tanja Arnold Herr Daniel Weber Herr Florian Jochim Frau Simone Müller Herr Tim Schneider
Presse	Gießener Allgemeine Zeitung Gießener Anzeiger
Protokollführer/in	Frau Anne Meerstein

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden / Feststellung des Protokolls
- 3 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Landkreisinitiative „jugendgerechte Städte und Gemeinden“ und Wahl einer/eines Jugendbeauftragten  
Vorlage: /0014/21-26
- 4 Antrag gem. § 12 GO CDU-Linden v. 31.05.2021 - Bewegung tut gut- Ausweisung von besonderen Spazierwegen in unserer Stadt - FA/0007/21-26  
Vorlage: FA/0007/21-26
- 4.1 Änderungsantrag CDU-Linden v. 06.09.2021 Bewegung tut gut – Ausweisung von besonderen Spazierwegen in unserer Stadt FA/0026/21-26  
Vorlage: FA/0026/21-26
- 5 Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 21.06.2021 - Transparentes Linden - Kita Verwaltungssoftware - FA/0009/21-26  
Vorlage: FA/0009/21-26
- 6 Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 25.08.2021 - Familienfreundliches Linden - Erstellung Schulwegeplan - FA/0019/21-26  
Vorlage: FA/0019/21-26
- 7 Antrag gem. § 12 GO DIE LINKE v. 14.08.2021 - Frühkindliche Bildung - Gesamtelternbeirat  
Vorlage: FA/0013/21-26
- 8 Verschiedenes

## Öffentlicher Teil

### **Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg begrüßt alle Anwesenden, den Magistrat, den Bürgermeister, den Senioren- und Ausländerbeiratsvorsitzenden, die Vertreter der Presse und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur 2. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur.

Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit sichergestellt ist. Änderungsvorschläge zur Tagesordnung gibt es keine, somit erfolgt die Genehmigung.

Bzgl. der Beschlussfähigkeit teilt Herr Spangenberg mit, dass Herr Uludag entschuldigt ist, da er heute Morgen Vater geworden ist. Der Ausschussvorsitzenden beglückwünscht die Eltern.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg versichert sich, dass alle Parteien anwesend sind Außer der AFD sind alle Parteien anwesend. Eine Absage des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kuboscheck, seitens der AFD-Fraktion, liegt nicht vor.

### **Zu TOP 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden / Feststellung des Protokolls**

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg stellt fest, dass sich zum Protokoll der letzten Sitzung keine Änderungswünsche ergeben. Somit ist das Protokoll genehmigt.

Herr Spangenberg erklärt den Ausschussmitgliedern, dass zukünftig nur noch über Einwände Beschluss zu fassen ist. Sollte es keine Einwände geben, gilt das Protokoll als genehmigt.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg stellt das Protokoll der letzten Sitzung zur Abstimmung. Es erfolgt einstimmiger Beschluss.

### **Zu TOP 3 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Landkreisinitiative „jugendgerechte Städte und Gemeinden“ und Wahl einer/eines Jugendbeauftragten Vorlage: /0014/21-26**

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg erteilt Herrn Bürgermeister König das Wort.

Herr Bürgermeister König begründet den Antrag. Es handelt sich um eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem LKGI und der Stadt Linden. Der LKGI hat sich der Thematik angenommen, dass den Jugendlichen im gesamten LKGI die politische Bildung nahegebracht werden soll. Seitens des LKGI ist vorgegeben, dass ein Parlamentarier\*in ausgewählt wird, der diese Tätigkeit ehrenamtlich übernimmt und den Jugendlichen, durch entsprechende Fortbildungen, die Politik und Demokratie heranzuführen. Im Sinne einer kindlich-politischen Bildung. Die Kooperationsvereinbarung ist in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. Der vorgeschlagene Beauftragte wird in der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Ebenfalls weist er darauf hindass es hier nicht um eine politische Entscheidung geht, sondern darum, den Kindern und Jugendlichen die Politik zu erläutern. Herr König bittet, entsprechenden Beschluss zu fassen.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg bittet um entsprechende Beiträge der Fraktionen.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz bittet darum, dass die Person, die an die Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen werden soll, hier im JSSK benannt werden soll. Die Personalie muss hier erörtert werden.

Herr Bürgermeister König stimmt dem angesprochenen Vorgehen von Herrn Dr. Schütz zu, im Ausschuss die Person vorzuschlagen. Abschließend wird über diesen Vorschlag die Stadtverordnetenversammlung abstimmen. Herr Bürgermeister König bittet den Ausschuss, um entsprechende Debatte der entsprechenden Person.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg verweist auf die Kooperationsvereinbarung, die besagt, dass spätestens 6 Monate nach Unterzeichnung, die Person final erst zu wählen ist. Bittet eindringlich zu trennen, dass heute lediglich die Kooperationsvereinbarung zu beschließen ist und in einem späteren Schritt dann die Person benannt wird. Er gibt auch noch einmal zu bedenken, dass die Person nah an den jungen Erwachsenen der Stadt sein aus und bittet die Parteien, Vorschläge zu unterbreiten.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz weist darauf hin, dass über die Person bereits im Ältestenrat gesprochen wurde und bittet um entsprechenden Beschluss. Herr Bürgermeister König und bedankt sich bei Herrn Dr. Schütz für den Hinweis auf den Ältestenrat und teilt mit, dass er Frau Schaffer-Gawenda vorgeschlagen hat. Aufgrund ihrer persönlichen Eignung und Ausbildung ist sie geeignet. Mit ihr wurde bereits Vorgespräche geführt. Herr Bürgermeister König bedankt sich bei Frau Schaffer-Gawenda für Ihre Bereitschaft, diese Tätigkeit zu übernehmen.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg hält fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und fasst zusammen, dass Frau Franziska Schaffer-Gawenda dem LKGI, als Jugendbeauftragte der Stadt Linden vorgeschlagen wird.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg bittet um Abstimmung. Bis auf eine Stimmenthaltung durch Stadtverordnete Frau Schaffer-Gawenda, erfolgt einstimmiger Beschluss, die Kooperationsvereinbarung mit dem LKGI abzuschließen und Frau Schaffer-Gawenda als Jugendbeauftragte der Stadt Linden an den LKGI vorzuschlagen. Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg befragt Frau Schaffer-Gawenda, ob sie die Position der Jugendbeauftragten übernehmen möchte, sie würde die Wahl annehmen

**Zu TOP 4 Antrag gem. § 12 GO CDU-Linden v. 31.05.2021 - Bewegung tut gut- Ausweisung von besonderen Spazierwegen in unserer Stadt - FA/0007/21-26**

**Vorlage: FA/0007/21-26**

**Zu TOP 4.1 Änderungsantrag CDU-Linden v. 06.09.2021 Bewegung tut gut – Ausweisung von besonderen Spazierwegen in unserer Stadt FA/0026/21-26**

**Vorlage: FA/0026/21-26**

Stadtverordneter Herr Dr. Worm bringt den Änderungsantrag ein und trägt diesen noch einmal vor. Stadtverordnete Frau Lenz erklärt die Begründung des Änderungsantrages.

- Vorhandene Wege sollen genutzt werden. Es muss lediglich geprüft werden, ob diese begehbar und in Ordnung sind.
- Alle Bürger\*innen \* sollen eingeladen werden, hierzu gilt zu beachten
  - o Kinderwagen taugliche Strecken
- Genannte Punkte sollen berücksichtigt werden

Stadtverordnete Frau Sell erkundigt sich, ob die Skaterwege/Inlinerwege identisch mit den Spazierwegen sind. Sie gibt zu Bedenken, dass es gefährlich werden könnte, wenn die Spazierwege gleichzeitig durch Spaziergänger ggfs. mit Rollatoren/Rollstühlen befahren werden und mit Inlinern genutzt werden.

Stadtverordnete Frau Lenz teilt mit, dass dies Wege nicht dieselben sein werden, sondern dies geteilt werden soll. In Großen-Linden gibt es den Vorteil, dass es sehr viele Wege gibt, die geteilt werden können. In Leihgestern ist dies problematischer. Hier müsste ein Platz gefunden werden, der durch Inliner genutzt werden kann. Diese Problematik soll durch eine Jugendvertretung an die Jugend herangebracht werden. Dadurch können die Jugendlichen erst einmal den Hintergrund dieser Thematik erfahren.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz bezieht sich auf Punkt 3 des Änderungsantrages, in dem es heißt „Im Änderungsantrag daran ... konkret ausgeführt werden“ hier fehlt inhaltlich etwas. Außerdem erkundigt er sich nach dem Hintergrund der Bezeichnung unter Punkt 3: „...nach dem der 1. Sitzungszyklus vorüber ist...“

Stadtverordnete Frau Lenz erklärt, dass dieser Punkt überarbeitet werden muss. Mit der Bezeichnung „1. Sitzungszyklus“ ist gemeint, dass es sich nach der neuen Geschäftsordnung um diesen aktuellen

Sitzungszyklus handelt, in dem wir uns befinden. Daher ist der Termin 28.09.21 benannt, da dort der 1. Sitzungszyklus vorüber ist. Frau Lenz teilt außerdem mit, dass die 4 Begehungen vor der kalten Winterperiode erfolgen soll. Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg weist darauf hin, dass dies im Protokoll festgehalten wird, damit dies redaktionell geändert werden kann.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz erfragt, ob die Inlinerwege auch begangen werden. Er verweist auf Punkt 6 des Änderungsantrages, in dem es heißt: „Die Begehungen können unabhängig von den obigen 4 Wegestrecken erfolgen.“ Stadtverordnete Frau Lenz erklärt, dass es sich hier um die zeitliche und örtliche unabhängige Begehung der 4 Wege handelt. Die Jugendlichen müssen nicht zur gleichen Zeit die Begehung durchführen, wie z.B. der Ausländer- und Seniorenbeirat. Dies kann unabhängig erfolgen. Hier muss die Verwaltung prüfen, wie dies erfolgen soll, da aktuell noch keine Jugendvertretung vorhanden ist.

Stadtverordneter Herr Schimmel stimmt diesem Antrag gerne zu. Bittet allerdings darum, dass erst die Begehung stattfindet, und dann entsprechender Beschluss gefasst wird.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg fasst den Antrag aus seiner Sicht zusammen und verweist auf die Anlage, in der die 4 Wege zur Vorlage gekennzeichnet sind. Grundsätzlich wurde beschlossen, dass der Ausländerbeirat (ABR) und der Seniorenbeirat (SBR) beteiligt werden sollen. Die Verwaltung soll die entsprechenden 4 Vorschläge in der Vorlage ergänzen. Gleichzeitig werden die 4 Spazierwege an den ABR und den SBR weitergeleitet, der entsprechend Stellung beziehen kann. Spangenberg teilt zu Punkt 6 des Änderungsantrages mit, dass aktuell die Jugendvertretung fehlt. Für die Jugendlichen hat dieser Änderungsantrag einen anderen Hintergrund als nur die Thematik der Spazierwege. Er betont, dass dieser Punkt auch in einem weiteren zusätzlichen Schritt erfolgen kann. Sobald die entsprechenden Stellungnahmen vorliegen, werden die Begehungen mit Bekanntgabe der Termine und bitte um Anmeldung veröffentlicht. Dann wird bei den Begehungen geprüft, welche Änderungen ggfs. vorgenommen werden müssen. Dies wird dann in der Stadtverordnetenversammlung abgeschlossen.

Stadtverordnete Frau Lenz schlägt folgendes vor:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Den Termin zur Begehung der Spazierwege zu veröffentlichen und um Rückmeldung zu bitten, welche Bürger\*innen an der Begehung teilnehmen möchten.
2. Im Anschluss daran werden 4 Termine für die entsprechenden Begehungen festgelegt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat und sobald dies beschlossen wurde, werden die Aufgaben an die Verwaltung übergeben.

Herr Bürgermeister König teilt mit, dass die Verwaltung durch die Straßenverkehrsbehörde prüfen lassen muss, welche Möglichkeiten es auf den entsprechenden Wegen gibt, explizit geht es hier um die Straßen, die gequert werden müssen. Sobald die Prüfung durch die Straßenverkehrsbehörde abgeschlossen ist, kann die Bürgerbegehungen stattfinden.

Herr Bernd Wagner, Vorsitzender des Seniorenbeirates erhält das Wort. Er befürwortet das Anstoßen des Prozesses und teilt mit, dass das Konzept durch den SBR weiterentwickelt werden kann. Wagner teilt mit, dass dies in der nächsten öffentlichen Sitzung des SBR besprochen wird.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg betont die Wichtigkeit, dass die beteiligten Gremien Vorschläge machen sollen. Demzufolge werden beide Anträge an die Beiräte weitergegeben, sie sollen Erweiterungen/Ergänzungen/Streichungen vornehmen und erst dann werden alle weiteren rechtlichen Schritte geprüft.

Herr Bürgermeister König begrüßt das Engagement von Herrn Wagner, denn dafür wurde der SBR gegründet. König bittet darum, abzuwarten, welche Änderungen aus dem ABR und SBR zurückkommen. Im Anschluss daran, werden die Prüfungen der Verwaltung getätigt. Danach werden die Begehungen erfolgen, weil dann aus polizeilicher Sicht feststeht, wie es weiter geht. Stadtverordnete Frau Lenz bedankt sich für die Konkretisierung.

Ausländerbeiratsvorsitzender Herr Abrahamian befürwortet den Vorschlag der CDU und bittet Frau Lenz, in der nächsten Sitzung des ABR anwesend zu sein, um den Antrag genauer zu erörtern. Abrahamian erfragt, wie das weitere Vorgehen im ABR sein wird. Dazu erklärt Herr Spangenberg, dass in

der nächsten Sitzung des ABR darüber beschlossen wird und die Stellungnahme wird der Verwaltung mitgeteilt. Im Anschluss dessen, erfolgt die Begehung.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg teilt mit, dass der Vorschlag der CDU-Fraktion, der Ausweisung der 4 Spazierwegen den Gremien Ausländerbeirat und Seniorenbeirat zugestellt wird, mit der Bitte um Stellungnahme. Innerhalb der nächsten JSSK Sitzung, werden diese Stellungnahmen erörtert und in der nächsten Folge wird der Magistrat mit allen rechtlichen, verwaltungstechnischen Anforderungen beauftragt.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg bittet um Abstimmung. Es erfolgt einstimmiger Beschluss.

**Zu TOP 5 Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 21.06.2021 - Transparentes Linden - Kita Verwaltungssoftware - FA/0009/21-26  
Vorlage: FA/0009/21-26**

Stadtverordnete Frau Sell erklärt, dass der Antrag bereits in der Stadtverordnetenversammlung besprochen und Antrag an den Magistrat weitergegeben wurde. Daher versteht sie nicht, weswegen der Antrag nochmal auf der Tagesordnung steht.

Herr Bürgermeister König erklärt, dass die Stadt Linden über die Kita-Verwaltungssoftware „Webkita“ verfügt. Die Umsetzung der Online-Anmeldung ist bisher aufgrund von Langzeiterkrankungen des Personals gescheitert. Sobald dieser Krankenstand behoben ist, wird diese Möglichkeit umgesetzt. Derzeit wurde die Kompatibilität mit allen anderen Programmen der Verwaltung geprüft. Herr Jochim erhält das Wort, der anhand eines Schaubespieles der Stadt Nidda erklärt, wie dieses für die Stadt Linden zukünftig geplant wird. Fachbereichsleiter, Herr Jochim teilt mit, dass bevor das zur Online-Anmeldung eingesetzt werden kann, die Kita Satzung geändert werden müsste. In § 5 in der aktuellen Kita Satzung ist festgehalten, dass die Anmeldungen schriftlich einzureichen sind. Vorher können die Online-Anmeldungen nicht umgesetzt werden. Herr Jochim teilt mit, dass die technische Voraussetzung für die Homepage der Stadt geschaffen werden muss. Die aktuelle Homepage ist noch nicht kompatibel. Ebenfalls teilt er mit, dass das Corporate Identity (CI) beschlossen wurde und somit die Homepage auf den neuesten Stand gebracht werden kann. Aktuell zahlt die Stadt monatlich 330,- EUR für die Verwaltungssoftware „Webkita“. Die Software „Webkita“ ist gleichzusetzen mit der Software „LittleBird“. Er weist außerdem auf die Personalprobleme in der Kita-Verwaltung hin. Jochim befürwortet die Digitalisierung durch diese Online-Anmeldung.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz weist noch einmal auf die Aussage von Herrn Jochim, dass die Stadt Linden jeden Monat ein Entgelt dafür bezahlt aber dies nicht genutzt werden kann und bittet um Erklärung.

Herr Bürgermeister König teilt mit, dass die Online-Anmeldung aufgrund des fehlenden Personals noch nicht eingeführt werden konnte. Herr Bürgermeister König teilt mit, dass die Änderungssatzung auf den weggebracht wird.

Stadtverordneter Herr Schimmel weist darauf hin, dass es sich hier um einen Prüfantrag handelt und bittet daher, die Kita Satzung in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu ändern.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg befragt Herrn Jochim, ob die Anmeldung aufgrund der „Webkita“, dann direkt bei der entsprechenden Kita eingeht und auch von dort die Bestätigung an die Eltern erfolgt. Außerdem erfragt Herr Spangenberg, ob die Verwaltung über eine zentrale Steuerung nachdenkt.

Fachbereichsleiter Herr Jochim teilt mit, dass auch mit der „Online-Anmeldung, die Anmeldungen weiterhin zentral gesteuert werden und nicht direkt in der Kita. Er weist außerdem darauf hin, dass die Umsetzung der Online-Anmeldung in diesem Jahr nicht mehr umsetzbar ist. Der technische Aufwand sowie der organisatorische Verwaltungsaufwand sind erheblich. Die Beauftragung des CI wurde heute durch den Fachdienstleiter, Herrn Weber beauftragt. Herr Jochim wird mit den CI-Verantwortlichen den Zeitplan besprechen und hofft, dass die Abläufe Anfang nächsten Jahres auf dem Stand ist, dass die Homepage der Stadt Linden, die Online-Anmeldungen der „Webkita“ unterstützt. Herr Jochim betont, dass erst wenn die Online-Anmeldung einwandfrei funktioniert, es für die Eltern freigeschalten werden soll, damit diese es allumfassend nutzen können.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz bezieht sich auf den ihm mitgeteilten Unmut der Eltern. Ihm wurde berichtet, dass die Kita-Verwaltung nicht erreichbar ist und E-Mails sowie Rückrufe nicht beantwortet werden. Er bittet, bis zur Einführung der Online-Anmeldung, dass seitens der Verwaltung eine Lösung und neue Struktur gefunden wird, wie die Eltern zufriedengestellt werden können und die Verwaltung für sie die Erreichbarkeit sicherstellt.

Herr Bürgermeister König teilt mit, dass Herr Jochim bereits vieles organisiert hat, damit dies am Ende wesentlich verbessert wird. Er führt weiter aus, dass die Zusagen nur noch schriftlich erfolgen. Die Stadt arbeitet an einer Lösung des Problems, da bekannt ist, dass diese Situation sehr misslich ist. Herr Jochim erklärt, dass er bereits in Zusammenarbeit mit Fr. Müller, die Tätigkeiten der Kita-Verwaltung gemeinsam übernommen hat. Bereits seit 12 Wochen vertreten beide diese Arbeit. Er kann den Unmut der Eltern durchaus verstehen. Allerdings möchte er auch zu verstehen geben, dass mittlerweile eine Grenze erreicht ist. Jochim weist auch alle Anwesenden darauf hin, dass voraussichtlich ab 01.10.2021 die neue Kita Kinder(t)räume eröffnet wird soll. Aktuell ist die Kita-Verwaltung chronisch unterbesetzt.

Herr Bürgermeister König teilt mit, dass für die Kita Regenbogenland Info App zur Probe eingeführt wurde, in der sich die Eltern die Essenspläne, Veranstaltungen, Abholungen der Kinder planen und einsehen können. Die Kosten belaufen sich auf ca. 60 Euro pro Monat. Nach Beendigung des Probeaufbaus, ist davon auszugehen, dass dies auch in allen anderen Kitas eingeführt werden wird.

Weitere Redebeiträge gibt es nicht.

Der Ausschussvorsitzende Herr Spangenberg befragt die antragsstellende Fraktion, ob sich der Antrag aufgrund der Redebeiträge erledigt hat. Stadtverordneter Herr Dr. Schütz teilt mit, dass sich der Antrag somit erledigt hat.

**Zu TOP 6 Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 25.08.2021 - Familienfreundliches Linden - Erstellung Schulwegeplan - FA/0019/21-26  
Vorlage: FA/0019/21-26**

Stadtverordnete Frau Sell teilt mit, dass dieser Antrag nicht nochmals verlesen wird, da dieser bereits auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung aufgeführt war. Sie verliest lediglich die Begründung und führt aus, dass bereits mit beiden Schulleiterinnen gesprochen wurde und diese Idee sehr begrüßt wird. Die Kinder sollen wieder mehr zu Fuß in die Schule gehen. Die Klassenlehrer werden an den Elternabenden an die Eltern kommunizieren. Schulwege sollen kreativ gestaltet werden. Die Wege sollten als Planetenwege gestaltet werden und das Planetensystem optisch dargestellt werden. Ausgangspunkt wird der Planet Sonne, in der Schule sein.

Herr Bürgermeister König möchte den Vorgang im Geschäftsgang lassen, da er bis zur nächsten Sitzung die Unterlagen von damals vorliegen hat.

Stadtverordnete Frau Sell befürwortet es, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen. Sie gibt auch zu bedenken, dass man dies bei der Begehung der Spazierwege (siehe Antrag der CDU-Fraktion, unter TOP 4.1)

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg stellt fest, dass es keinen Widerspruch dazu gibt, dass der Antrag im Geschäftsgang bleibt..

**Zu TOP 7 Antrag gem. § 12 GO DIE LINKE v. 14.08.2021 - Frühkindliche Bildung - Gesamtelternbeirat  
Vorlage: FA/0013/21-26**

Herr Bürgermeister König teilt mit, dass einmal jährlich ein Treffen mit allen Elternbeiräten und dem Bürgermeister stattfindet. Da die Kitas durch Ihre Konzepte, thematisch sehr unterschiedlich sind, ist es nicht sinnvoll einen Gesamtelternbeirat einzuführen.

Stadtverordnete Frau Schaffer-Gawenda erklärt, dass ihr von verschiedenen Eltern mitgeteilt wurde, dass das jährliche Treffen coronabedingt, einmal nicht stattgefunden hat. Des Weiteren führt sie aus, dass Fragen unzureichend beantwortet wurden. Befürwortet denn regen Austausch der Eltern untereinander. Die Stadt verspielt sich somit die Chance, anhand guter Beispiele der anderen Kitas, voneinander zu lernen.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz weist auf eine unstrukturierte Zusammenarbeit hin. Er versteht den Inhalt des Antrages so, dass es die strukturierte Zusammenarbeit der Eltern untereinander verbessert werden muss und somit der Austausch besser wird. Herr Dr. Schütz gibt auch zu bedenken, dass wenn ein solches Angebot aus der Elternschaft vorliegt, diese Bereitschaft unbedingt genutzt werden soll. Wenn diese Umstrukturierung vollzogen werden soll. Siehe analog des Seniorenbeirat und Ausländerbeirat. Herr Dr. Schütz betont, dass die Impulse der Eltern genutzt werden sollten.

Stadtverordneter Thomas Altenheimer erklärt, dass es in Hessen keinerlei gesetzliche Grundlage gibt. Bittet Informationen einzuholen, über Gemeinden, die solch einen Gesamtelternbeirat bereits eingeführt haben. Es müssen Überlegungen angestrebt werden, wie die Satzung auszusehen hat. Es gilt auch zu prüfen, ob es in der Größe der Stadt Linden überhaupt sinnvoll ist. Herr Altenheimer bittet auch darum, dass dem Antragssteller die Möglichkeit gegeben wird, den Antrag selbst zu kommunizieren.

Fachbereichsleiter Herr Jochim erklärt, dass er bereits mit den Kita Leitungen gesprochen hat und diese ihm mitteilten, dass aus pädagogischer Sicht und aus Sicht der Kita Leitungen die Thematik Gesamtelternbeirat wenig sinnhaft ist. Herr Jochim schlägt vor, die Arbeit in den Elternbeiräten zu intensivieren. Die Verwaltung soll sich regelmäßiger beteiligen und öfter mit den Eltern in die Kommunikation kommen. In der praxisorientierten Arbeit des Elternbeirates, ist dies aus der Sicht der Kita Leitungen, nicht erforderlich.

Stadtverordneter Herr Schimmel verweist auf die Institution „Kita Eltern Hessen“, die sich um die Konstituierung von Elternbeiräten kümmert. Die Geschäftsstelle befindet sich in Gießen. Herr Schimmel schlägt vor, dass diese Institution kontaktiert wird und ein Verantwortlicher diese Thematik, aus der Sicht der Institution, dem JSSK-Ausschuss vorstellt. Herr Schimmel befürwortet es auch, den Antrag im Geschäftsgang zu lassen, insbesondere auch, damit Herr Uludag zu dem Antrag Stellung beziehen kann.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg fasst zusammen, dass der Antrag im Geschäftsgang bleibt. Es ist zu prüfen, ob es im LKGI bereits Gesamtelternbeiräte gibt, bei denen sich Informationen, auch zur Satzung, eingeholt werden können. Des Weiteren muss geregelt werden, welche Aufgaben ein Gesamtelternbeirat hat. Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg verweist darauf, wenn ein Gesamtelternbeirat aufgestellt werden soll, muss die Verwaltung auch entsprechend aufgestellt sein.

Ausschussvorsitzender Herr Spangenberg bittet um Abstimmung, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen und die Fragerunde in der nächsten Sitzung fortzuführen.

Es erfolgt ein einstimmiger Beschluss.

## **Zu TOP 8 Verschiedenes**

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz bezieht sich auf die Verkehrssituation an der Wiesengrundschule aufgrund der vollständigen Sperrung der Zufahrt des Nördlich-Breiten-Weges (NBW). Somit wird der gesamte Verkehr über die Pauluswiese umgeleitet. Fachbereichsleiter Herr Tim Schneider erläutert, dass aktuell der Straßenendausbau im Hahnstrauch erfolgt, weswegen dieser vollständig gesperrt ist. Die Zufahrt ist aktuell wieder über den Stichweg zum NBW geöffnet.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz erfragt, wie dies geregelt wird, wenn die Baumaschinen dort in Betrieb genommen werden, damit die Zufahrt gewährleistet ist. Herr Schneider führt aus, dass dies erneut individuell geprüft werden muss. Hier wird auch erneut ein Termin mit der Polizei stattfinden. Aktuell gibt es nur die Möglichkeit der Zufahrt über diesen Stichweg. Dr. Schütz hätte es für sinnvoller erachtet, dies in den Ferien zu absolvieren. Herr Bürgermeister König teilt mit, dass es im Bausektor Schwierigkeiten gibt, überhaupt Firmen zu bekommen, die auch direkt mit der Arbeit beginnen können.

Stadtverordnete Frau Sell betont, dass es sehr problematisch ist, dass der Verkehr über die Pauluswiese direkt an der Schule vorbei geht. Die Kinder, die aus der Schule kommen, werden dort direkt mit dem Durchgangsverkehr konfrontiert. Herr Schneider erklärt, dass diese Thematik noch einmal explizit geprüft wird.

Stadtverordnete Frau Schaffer-Gawenda bezieht sich auf die Aussage von Herrn Jochim, bzgl. der Öffnung der Kita Kinderträume/Pauluswiese, dass diese am 01.10.2021 geöffnet wird. Erkundigt sich

nach dem aktuellen Stand, ob dieser Termin zur Öffnung eingehalten werden kann. Herr Jochim teilt mit, dass diese Angabe unter Vorbehalt getätigt wurde und die Verwaltung sehr guter Dinge ist, dass dies funktioniert.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz erkundigt sich, ob das Jugendzentrum aktuell geöffnet ist. Herr Bürgermeister König verweist auf die Veröffentlichungen in den Lindener Nachrichten. Er erklärt, dass bereits vor den Ferien verschiedene Workshops durchgeführt und durch die Jugendpflegerin Frau Agel betreut wurden. Frau Agel wird sich nach der Rückkehr aus Ihrem Urlaub, mit den Schulen in Verbindung setzen, um dort wieder Projekte zu organisieren, um dadurch auch Kinder- und Jugendliche für den Jugendbeirat zu gewinnen. Aufgrund der bisherigen, sehr gut angenommenen Projekte, ist auch das Gespür der Kinder und Jugendlichen wieder geweckt, so können wieder verschiedene Angebote stattfinden.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Ausschussvorsitzender Spangenberg bedankt sich bei allen Anwesenden und beendet die Sitzung um 21:37 Uhr.

.....  
Vorsitzender Matthias Spangenberg

.....  
Protokollantin Anne Meerstein